

Potsdam, 30.03.2022

Pressemitteilung

„Häusliche Gewalt. Sie können etwas tun.“ – Landesweite Präventionskampagne des Netzwerkes der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. startet

Der Landespräventionsrat, das Sozialministerium und das Bündnis für Brandenburg fördern gemeinsam eine Präventionskampagne des Netzwerkes der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. (NbF) zum Schutz vor häuslicher Gewalt. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass jede dritte Frau in ihrem Leben Gewalt erlebt, viele davon in ihrer eigenen Beziehung. Mit der Kampagne sollen alle Menschen bestärkt werden, Betroffene zu unterstützen, die Gewaltspirale zu durchbrechen und so Schlimmeres zu verhindern.

Ministerpräsident Dietmar Woidke: „Bei häuslicher Gewalt müssen wir alle hinschauen und handeln. Wir müssen daher weiterhin ausreichend für das Thema sensibilisieren. Um möglichst viele Frauen zu erreichen, auch Geflüchtete und Migrantinnen, ist ein breiter Zugang zu Informationen in mehreren Sprachen notwendig. Die gemeinsame Förderung der Kampagne durch das Sozial- und Innenministerium und das Bündnis für Brandenburg zeigt, dass häusliche Gewalt ein Querschnittsthema ist, das uns alle angeht!“

Viele Frauen, die in Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern allein oder mit ihren Kindern ankommen, werden durch Dritte dorthin vermittelt. Das heißt, sie sind darauf angewiesen, in ihren täglichen Kontakten auf Menschen zu treffen, die für das Thema Partnerschaftsgewalt sensibilisiert sind. Die **Kampagne „Häusliche Gewalt. Sie können etwas tun.“** will die Gruppe der potenziellen Vermittlerinnen und Vermittler vergrößern. Sie richtet sich vornehmlich an Menschen, die in familien- und körpernahen Berufen arbeiten und dadurch mitbekommen können, wenn es in einer Partnerschaft zu Gewalt kommt.

Catrin Seeger, Vorstandsfräu des NbF: „Wir wollen diese Fachkräfte ermutigen und befähigen, hinzuschauen, Zeichen häuslicher Gewalt zu erkennen, die betroffenen Frauen sensibel anzusprechen und an die richtigen Stellen, nämlich die Expertinnen in der Frauenberatungsstelle oder im Frauenhaus in ihrer Nähe, zu vermitteln.“

Staatskanzlei

Der Regierungssprecher

**Ministerium des Innern
und für Kommunales**

Der Pressesprecher

**Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Integration
und Verbraucherschutz**

Der Pressesprecher



Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Pressestelle, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam,
V.i.S.d.P. Florian Engels, Telefon 0331 866-1208; Fax 0331 866-1415; florian.engels@stk.brandenburg.de

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz, Henning-von-Tresckow-Straße 2 – 13,
14467 Potsdam, Pressesprecher Gabriel Hesse, Telefon 0331 866 5040, presse@msgiv.brandenburg.de

Ministerium des Innern und für Kommunales, Henning-von-Tresckow-Straße 2 – 13, 14467 Potsdam,
Pressesprecher Martin Burmeister, Telefon 0331 866 2060

Zum Start der Kampagne würdigt Frauenministerin Ursula Nonnemacher das interdisziplinäre Agieren: „Im Einvernehmen vieler starker Partner:innen ist es gelungen, den Gewaltschutz von Frauen neu zu denken. Das Problem der Gewaltbetroffenheit bleibt nicht länger allein bei den Frauen. In ganz Brandenburg engagieren sich künftig viele Fachkräfte und Bürger:innen, um gemeinsam mit den Brandenburger Frauenhäusern betroffenen Frauen und Kindern Hilfe zu bieten.“

Der Vorsitzende des Landespräventionsrates, Innenminister Michael Stübgen: „Ein zeitgemäßer und umfassender Schutz von Opfern häuslicher Gewalt besteht aus verschiedenen Komponenten. Dazu gehören Gesetzesentwürfe, die das Innenministerium gerade mit allen Beteiligten für die parlamentarische Beratung und Entscheidung abstimmt. Dazu gehören aber auch Aufklärungskampagnen wie die des Netzwerks brandenburgische Frauenhäuser, die ein wichtiger Bestandteil sind. Deshalb ist mir die Unterstützung dieses Projekts durch den Landespräventionsrat ein besonderes Anliegen.“

Der Landespräventionsbeauftragte Kay Kasüschke betont: „Die Gesellschaft darf häuslicher Gewalt nicht ohnmächtig begegnen. Die Gewaltbetroffenheit von Frauen und Kindern ist so erschreckend hoch, dass wir alle aktiv werden müssen.“

Die notwendigen Informationen erhalten Fachkräfte kompakt– als Plakat zum Aufhängen im Büro, als Booklet in vier Sprachen (Deutsch, Englisch, Hocharabisch und Polnisch) für die Hosentasche und als Videoclip. Mit dem Aufkleber „Wir glauben Ihnen.“ kann der Arbeitsplatz als vertrauensvoller Ort, an dem Betroffene sich öffnen können markiert werden. Eine begleitende Social Media Kampagne schafft breite Öffentlichkeit weit über die primären Zielgruppen hinaus. An der Entwicklung des Konzeptes war u.a. auch der Flüchtlingsrat Brandenburg beteiligt, um auch die Zielgruppe der geflüchteten Frauen und Migrantinnen noch besser erreichen zu können.

Alle Informationen zur Kampagne finden Sie unter www.nbfev.de/sie-koennen-etwas-tun. Das Material ist ab sofort bei dem Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser erhältlich. Maren Küster und Laura Kapp von der Koordinierungsstelle des NbF e.V. beantworten gerne Ihre Fragen und können weitere Interviewpartnerinnen vermitteln:

Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. - Koordinierungsstelle -
Charlottenstraße 121, 14467 Potsdam
koordination@nbfev.de
0331 – 813 298 47